

# Vorschlag für einen Ersatztext für das Kapitel IV.3. des Programmentwurfs. Entworfen von der Programm-AG aus Ökologischer Plattform und BAG Umwelt/Energie/Verkehr (Stand 21.03.2011)

## 1 Wie erhalten wir Natur und Gesellschaft?

### 2 Sozial-ökologischer Umbau

3 DIE LINKE. sieht den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland und Europa als eines ihrer  
4 entscheidenden Ziele und als wesentliche Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen an.

5 Jeder Mensch hat ein universell gleiches Recht auf einen Anteil an dem, was die Erde bietet,  
6 und eine universell gleiche Pflicht, seine Lebensgrundlage zu schützen. Die Gleichheit der  
7 Nutzungsrechte und die Gleichheit der Schutzpflichten müssen zum Leitbild des globalen  
8 Handelns werden. Die Europäische Union und Deutschland müssen international eine  
9 Vorreiterrolle einnehmen. Dabei geht es nicht nur darum, die Verpflichtungen im Rahmen der  
10 Entwicklungsziele der UNO zur Minderung von Armut, Hunger, Kindersterblichkeit,  
11 Analphabetismus, Unterentwicklung und Umweltzerstörung einzuhalten, sondern wegweisend  
12 voranzuschreiten. Dazu gehört vor allem der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft.  
13 Er ist nicht nur ökologisch geboten, sondern auch eine ethische, soziale und wirtschaftliche  
14 Notwendigkeit. Unsere heutige Produktions- und Konsumtionsweise ist nicht  
15 gerechtigkeitsfähig, auch weil sie zu unökologisch ist. Und sie ist nicht ökologiefähig, auch weil  
16 sie zu ungerecht ist.

17 Das inzwischen allgemein akzeptierte Ziel einer deutlichen Reduktion von Stoff- und  
18 Energieumsätzen wird nur dann erreicht werden, wenn die Gesellschaft gleichzeitig sozialer,  
19 demokratischer und freier wird. Nur so wird die Herausbildung neuer, mit der Umwelt  
20 verträglicher Lebensweisen und eines neuen Wohlstandstyps Akzeptanz finden können.  
21 Soziale Sicherheit, verlässliche und ausreichende Einkommens- und Berufsperspektiven, ein  
22 Weniger an Herrschaft bei der Arbeit und in der Gesellschaft sind die Basis für ein Mehr an  
23 zwischenmenschlichen Beziehungen, Gesundheit, Bildung, Kultur und Muße. Eine glücklichere  
24 Gesellschaft, die mit weniger Konsum auskommt, braucht mehr Gleichheit. DIE LINKE will  
25 dabei keineswegs bestimmte Lebensweisen vorschreiben, es gibt viele ökologische  
26 Lebensstile. Entscheidend ist, dass der ökologische Fußabdruck eines jeden im global  
27 zulässigen Rahmen bleibt, also etwa nicht mehr als eine Tonne Kohlenstoffdioxid pro Jahr  
28 verursacht. Wie er entsteht, ist der individuellen Freiheit überlassen, aber nicht allein  
29 individuelle Aufgabe. Es kommt darauf an die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass ein  
30 ressourcenleichtes Leben für alle attraktiv wird.

31 Zukunftsfähiges Wirtschaften erfordert die Reduktion des Ressourcenverbrauchs um 90  
32 Prozent. DIE LINKE will deshalb, dass die Produktion von Gütern und Dienstleistungen nicht  
33 mehr den Profit als oberste Maxime hat, sondern an sozial-ökologischen Zielen ausgerichtet  
34 wird. Entscheidend wird die Verbindung ökologischer Steuerung mit mehr sozialer  
35 Gerechtigkeit und mit einer Ausweitung persönlicher Entfaltungsmöglichkeiten sein. Wenn zur  
36 ökologischen Steuerung der Verbrauch von Umweltressourcen verteuert wird, etwa durch  
37 eine Besteuerung von CO<sub>2</sub>, so müssen die Ärmern von den entstehenden Einnahmen  
38 überproportional profitieren, sei es durch direkte Zahlungen oder sei es durch den Ausbau  
39 öffentlicher Dienstleistungen.

40 Eine an sozial-ökologischen Zielen ausgerichtete Wirtschaft strebt nicht Wachstum um des  
41 Wachstums willen an. Ein steigendes Bruttoinlandsprodukt führt nicht automatisch zu mehr

42 Wohlstand. Sozial-ökologischer Umbau bedeutet, den Wachstumsdruck, der aus übermäßiger  
43 Profitorientierung und ungerechten, bedrückenden Verhältnissen resultiert, aus Gesellschaft  
44 und Wirtschaft herauszunehmen. Hohe Lohnspreizungen, unfaire Verteilung von Arbeit und  
45 Einkommen, aufgeschobene Verteilungsfragen wie die Verschuldung öffentlicher Haushalte,  
46 unsichere individuelle Absicherung für Alter und Krankheit sind ebenso vermeidbare  
47 Wachstumstreiber wie herrschaftliche Lebens- und Arbeitsverhältnisse, die ökologisch und  
48 sozial fragwürdiges Konsumverhalten und ökonomische Aktivitäten nach sich ziehen.

49 Wir wollen sämtliche Politikbereiche am sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und  
50 Gesellschaft orientieren. Dazu gehören vor allem Wirtschafts- und Finanzpolitik, Sozial- und  
51 Bildungspolitik, Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik, Struktur- und  
52 Regionalpolitik, aber auch Friedens- und Verkehrspolitik.

### 53 Klimaschutz und Energiewende

54 DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland ohne  
55 Vorbedingungen bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 zu halbieren. Auf ihre Senkung um  
56 mindestens 90 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts wollen wir hinwirken. Unser Ziel ist die 100  
57 prozentige Versorgung aus erneuerbaren Energien mit einer Priorität auf Nutzung  
58 natürlicher Quellen bis zum Jahr 2050. Die Nutzung von Biomasse zur Energieerzeugung ist  
59 erst dann vertretbar, wenn die vollständige Eigenversorgung mit Nahrungs- und Futtermitteln  
60 sowie Industrierohstoffen aus der Landwirtschaft gewährleistet ist. Sie darf nur soweit gehen,  
61 dass sie nicht zur Verteuerung von Nahrungsmitteln führt und in einer nachhaltigen Art und  
62 Weise erfolgt. Das Erneuerbare Energien Gesetz ist ein erfolgreiches Umbau-Gesetz. Wir  
63 setzen uns für dessen Erhalt und Ausbau ein, auch um den Einspeisevorrang von erneuerbaren  
64 Energien zu sichern. Die Kosten für die mit dem ökologischen Erfolg steigende Umlage müssen  
65 jedoch vornehmlich von den Vielverbrauchern in Industrie und Privathaushalten gezahlt  
66 werden. Ein Basisverbrauch muss erschwinglich für alle bleiben und von der Mehrzahl der  
67 Vielverbraucher finanziert werden. Energienutzung ist ein Menschenrecht, ihr übermäßiger  
68 Gebrauch soll jedoch erschwert werden.

69 Wir fordern die unverzügliche Stilllegung aller Atomkraftwerke und ein Verbot für den Export  
70 von Atomtechnik. Die Endlagersuche muss ergebnisoffen und transparent, unter Einbeziehung  
71 der Bevölkerung erfolgen, der Atommüll auf Kosten der Verursacher an Orten mit den  
72 geringsten Risiken verwahrt werden. Den Neubau von Kohlekraftwerken sowie die  
73 Untertagespeicherung von Kohlendioxid wollen wir verhindern. Der Einsatz von Kohle muss  
74 sich so verteuern, dass der Betrieb laufender und die Planung neuer Kohlekraftwerke  
75 unwirtschaftlich werden.

76 Die Verbesserung der Energieeffizienz ist ebenfalls Teil der Energiewende. Vor allem bei der  
77 Optimierung des Energieverbrauchs von Gebäuden gibt es große Potenziale.  
78 Sanierungsmaßnahmen, die sich nicht durch geringere Energiekosten refinanzieren, müssen  
79 gefördert werden. Die Kosten sind dabei nicht von den Mietern, sondern aus den Gewinnen  
80 der Energiewirtschaft zu tragen. Wir fordern daher die Überführung der Energiekonzerne in  
81 öffentliches Eigentum und die demokratische Kontrolle der Unternehmen mit dem Ziel einen  
82 ökologisch verantwortlichen Umgang mit Energie und eine sozial verantwortliche Finanzierung  
83 der Umbaumaßnahmen zu erreichen.

84 Zur Verbesserung der Energieeffizienz bei Elektrogeräten wollen wir gesetzliche Regelungen  
85 einführen, die gewährleisten, dass die Standards der Geräte mit dem geringsten Energie- und  
86 Ressourceneinsatz während ihres gesamten Lebenszyklus innerhalb kurzer Zeit zur Vorschrift  
87 werden. Als weiteres Kriterium soll die Reparaturfreundlichkeit mit in die Bewertung  
88 einfließen. Diese Regelung sollte auch auf andere Produkte übertragen werden.

89 Die bisher für Atomkraft, einschließlich Kernfusion, und fossile Energiesysteme eingesetzten  
90 Forschungs- und Fördermittel sind in den Ausbau erneuerbarer Energiesysteme und  
91 Speicherverfahren, die Verbesserung der Energieeffizienz sowie in Ausbau und Regelung der  
92 Netze umzuleiten. Besonders zu fördern ist die Regelung von Netzen mit hohem Anteil  
93 fluktuierender erneuerbarer Quellen, zum Beispiel durch die Integration von Kraft-Wärme-  
94 Kopplung.

95 Natur ist unser Leben

96 Die Naturnutzung des einen ist auch der Nutzungsentzug für den anderen. Wer stetigen  
97 Zuwachs fordert, gefährdet das elementare Entwicklungsrecht anderer. Nachhaltiger Umgang  
98 mit natürlichen Ressourcen ist kein lästiger Kostenfaktor, sondern ein Türöffner für eine  
99 lebenswertere Zukunft. Wir wollen natürliche Lebensräume erhalten, in Deutschland, Europa  
100 und weltweit. Die biologische Vielfalt muss bewahrt werden, um ihrer selbst willen und als  
101 Grundlage unseres Lebens. Dazu gehören Bewahrung und Schutz der verbliebenen großen  
102 Naturräume der Erde ebenso wie die Vernetzung von Schutzgebieten. Wälder, Meere und  
103 Landschaften sollen in öffentlicher Verantwortung so genutzt und geschützt werden, dass ihre  
104 natürliche Regenerationsfähigkeit erhalten bleibt. Eine Übertragung von Schutzgebieten an  
105 Privatpersonen ist diesem Ziel nicht förderlich. Für Umweltorganisationen sowie Bürgerinnen  
106 und Bürger streben wir mehr demokratische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte an. Wir  
107 setzen uns für natürliche Flussläufe ein, als Hochwasserschutz, aber auch um die typischen  
108 Tier- und Pflanzenarten und den landschaftsästhetischen Wert der Auenlandschaften zu  
109 erhalten.

110 Der fortschreitenden Versiegelung von Landschaften für wachsende Siedlungs- und  
111 Verkehrsflächen wollen wir durch eine verstärkte Innenentwicklung von Ortschaften,  
112 reduzierte Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsstätten und den Ausbau des öffentlichen  
113 Personennahverkehrs entgegenwirken. Der Wandel in der Siedlungsstruktur muss mit einer  
114 geänderten Preisstruktur korrelieren. Wohnen, Handel und Gewerbe im Innenbereich ließe  
115 sich etwa aus den Einnahmen einer Versiegelungsabgabe fördern. Gewolltes muss vergünstigt  
116 und Unerwünschtes erschwert werden, ohne dabei ärmere Menschen in ihren Möglichkeiten  
117 zu beschränken. Innerstädtische Mieten und Grundstückspreise sind nach oben zu begrenzen,  
118 so dass Siedlungen und Einkaufszentren auf der grünen Wiese an Attraktivität verlieren.

119 Wir setzen uns für den Schutz freilebender Tierarten ein, aber auch für artgerechte  
120 Haltungsformen in der Landwirtschaft und die Ablösung von Tierversuchen. Auch hier muss es  
121 ein Verbandsklagerecht geben. Wir fördern eine deutliche Steigerung des ökologischen  
122 Landbaus und fordern ein ökologisches Wirtschaften aller Betriebe. Um dies zu erreichen  
123 wollen wir ökologischen Landbau - ähnlich wie regenerative Energieerzeugung - systematisch  
124 preislich bevorzugen, finanziert etwa durch Umlagen bei nicht-ökologischer Erzeugung. So  
125 wird der Kauf von Bio-Lebensmitteln für alle möglich. Die Agro-Gentechnik lehnen wir

126 aufgrund unkalkulierbarer Risiken ab, die Kennzeichnungspflicht ist bis auf die technisch  
127 mögliche Nachweisgrenze zu senken.

128 Mobilität für alle – Ökologische Verkehrswende

129 Befriedigung grundlegender Mobilitätsbedürfnisse muss für alle, unabhängig vom Geldbeutel,  
130 so umweltfreundlich wie möglich gewährleistet werden. Sie ist ein wesentlicher Teil der  
131 öffentlichen Daseinsvorsorge. Unser Ziel ist ein flächendeckendes und barrierefreies Angebot  
132 des öffentlichen Verkehrs mit attraktiver Taktung, guten Umsteigemöglichkeiten sowie  
133 sozialverträglichen Tarifen. Einen unentgeltlichen Nahverkehr sehen wir als Vision, auf die wir  
134 langfristig hinwirken wollen. Der öffentliche Personennah- und -fernverkehr muss unter  
135 Einbeziehung von Interessenvertretungen der Fahrgäste, Beschäftigten, Umweltverbände und  
136 anderen Betroffenen kooperativ und demokratisch reguliert und betrieben werden.

137 Die Deutsche Bahn muss einer direkten demokratischen Kontrolle unterliegen.  
138 Privatisierungen öffentlicher Verkehrsunternehmen lehnen wir ab. Langfristiges Ziel ist ein  
139 Schienenverkehrssektor unter ausschließlich öffentlichem Einfluss. Der Bund hat den Erhalt  
140 und den erforderlichen Ausbau der Schienenwege in vollem Umfang zu sichern und den  
141 Ländern dauerhaft ausreichende Mittel für die Verkehrsleistungen und den  
142 Infrastrukturausbau im öffentlichen Personennahverkehr zur Verfügung zu stellen.

143 Bei der Planung von Verkehrsprojekten müssen Bürgerinnen und Bürger sowie  
144 Interessenvertretungen deutlich eher und stärker von den Planungsbehörden einbezogen und  
145 Volksentscheide in einem frühen Stadium ermöglicht werden.

146 Wir wollen eine grundlegende Reform der Bundesverkehrswegeplanung hin zur  
147 umweltgerechten Mobilitätsplanung.

148 Das Rückgrat unseres Mobilitätskonzepts ist der Umweltverbund – zu Fuß, per Rad, mit Bus  
149 und Bahn. Den Anteil der im Umweltverbund zurückgelegten Wege wollen wir deutlich  
150 steigern und den motorisierten Individualverkehr reduzieren. Wir setzen uns in der  
151 Raumplanung für kurze Wege zwischen den Orten von Wohnen, Freizeit, Arbeit und Bildung  
152 sowie für eine fuß- und fahrradfreundliche Siedlungsstruktur ein. Eine deutliche Steigerung der  
153 Lebensqualität wollen wir durch eine Umwidmung von Verkehrsflächen erreichen:  
154 Naherholung statt Lärm- und Abgasbelastung.

155 Die Erweiterung des Autobahn- und Straßennetzes lehnen wir ab. Wir sprechen uns für ein  
156 allgemeines Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen aus. Elektroautos sind keine Lösung für  
157 die Probleme, die durch Energie- und Ressourcenverbrauch sowie verstopfte Straßen und  
158 Unfälle entstehen.

159 Der innerdeutsche Flugverkehr ist weitestgehend und der innereuropäische zu einem großen  
160 Teil auf die Schiene zu verlagern. Erste Schritte dazu sind die Einführung einer EU-weit  
161 einheitlichen Kerosinsteuer und eine internationale Flugticketabgabe. Die Subventionierung  
162 von Flughäfen muss beendet werden.

163 Der Güterverkehr muss deutlich reduziert werden, wobei die externen Kosten den  
164 Transportpreisen anzulasten sind. Mittel dazu sind eine höhere Mineralölsteuer und eine  
165 verbindliche Lkw-Maut in ganz Europa. Den verbleibenden Güterverkehr wollen wir so weit  
166 wie möglich auf die Schiene und auf eine umweltverträgliche See- und Binnenschifffahrt  
167 verlagern. Mit einer möglichst weltweiten, alternativ europaweiten Abgabe auf fossile

168 Kraftstoffe wollen wir ressourcen- und umweltschonende Antriebe fördern. Durch  
169 Kooperation statt Konkurrenz zwischen den Hafenstandorten können wir Güterströme gezielt  
170 lenken und vorhandene Kapazität und Infrastruktur optimal nutzen. Eine modernisierte  
171 Binnenschiffahrtsflotte wird zielorientiert eingesetzt, nutzt sinnvolle Innovation und benötigt  
172 keinen weiteren Flussausbau.

173 Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur müssen wesentlich nachhaltiger erfolgen. Die  
174 Belastung und Gesundheitsgefährdung vieler Menschen durch Verkehrslärm und  
175 Luftschadstoffe wie Feinstaub und Stickoxide müssen reduziert werden. An bestehenden  
176 Verkehrswegen und Flugplätzen muss Verkehrslärm durch strenge Grenzwerte und aktiven  
177 Lärmschutz, insbesondere Nachtflugverbote deutlich verringert werden.

178 Regionale Wirtschaftskreisläufe

179 Wir wollen den Übergang zu regionalen, arbeitsplatzschaffenden Wirtschafts- und  
180 Stoffkreisläufen schaffen. Dafür brauchen wir nicht nur selbstverwaltete regionale  
181 Entwicklungsfonds, einen veränderten kommunalen Finanzausgleich sowie eine Struktur- und  
182 Anschubförderung, sondern auch eine dezentrale Energieversorgung und höhere  
183 Transportpreise. Auch andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie  
184 Wasser/Abwasser, Abfallentsorgung, Gesundheit und Kultur sind möglichst regional und  
185 dezentral zu organisieren. Ebenso ist das Kreislaufwirtschaftsgesetz in Richtung gesteigerter  
186 Wiederverwendung, höherer Recycling-Quoten und strengerer Anforderungen  
187 weiterzuentwickeln. Ziel ist die Verträglichkeit menschengemachter mit natürlichen  
188 Kreisläufen. Das heißt, der Gebrauch von Rohstoffen und chemischen Erzeugnissen ist nur  
189 soweit zulässig, wie er natürliche Prozesse und Senken nicht überlastet.